

17. IX. 1916

*Zur Frage der Parlamenteinberufung*

Die „N. F. P.“ verteidigt heute die vielfach bekämpfte Anregung, die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit mit der Einberufung der Delegationen zu beginnen:

Die Frage ist nicht, ob der Reichsrat und die Delegationen einzuberufen seien; die Frage ist, was in diesem Augenblicke durchführbar sei und ob das jetzt Erreichbare verschmäht werden müsse, wenn die Delegationen zu haben wären, der Reichsrat jedoch gegenwärtig noch nicht... Laßt nur die parlamentarische Arbeit beginnen und sie wird nicht mehr aufhören; sind die Delegationen gesichert und wird durch sie die Einheit im Willen der Monarchie vor der ganzen Welt veranschaulicht, so ist auch der Reichsrat unvermeidlich.

Die „Arbeiterztg.“ wendet sich gegen die Forderung von Bürgschaften für einen erspriesslichen Verlauf einer etwaigen Tagung; sie meint, die Antwort der Abgeordneten auf diese Forderung sei „recht einfach“ und könne nur lauten:

Wir haben vor dem Kriege als wahren Leitstern unseres Handelns nur das Interesse und die Wohlfahrt des Volkes gekannt (!) und, diesem Leitstern folgen wir auch jetzt. Daß wir aber nicht anders handeln können, dafür bürgt die Tatsache, daß wir, als Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechtes, dem Volke verantwortlich sind. Das ist die beste Bürgschaft, die wir bieten können, und sie reicht natürlich aus (!) die Sicherheit zu bieten, daß der Reichsrat den vor ihm liegenden Aufgaben in jeder Hinsicht gerecht werden wird.

Es wird nach den Erfahrungen mit dem im Juni 1911 zusammengewählten Hause wohl niemand auf diese Versicherungen der „N. F.“ Häuser bauen wollen.

Die schönerianische „Deutsche Presse“ sucht in einem längeren Aufsatz darzutun, daß die „Reichspost“ den Beschluß des Vorstandes der Christlichsozialen Vereinigung nicht richtig gedeutet habe, und wartet uns mit der richtigen Auslegung des Beschlusses auf. Unsere begreifliche Genehmigung hierüber wird durch den Umstand kaum beeinträchtigt, daß das Blatt zugleich unsern Kommentar so lange verrenkt, bis er jene Einseitigkeit bekommt, den das alldeutsche Blatt für seine Zwecke braucht.